

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Ercheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM., frei
ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbefehle“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zelle kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig.
Gekürzte und Vereinfachte Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-
preis für Anzeigen im Textfeld beträgt bei 30 mm Spaltenbreite 12 Reich-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar
1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis
9 Uhr vormittags. D.M. 640.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 22

Dienstag, den 20. Februar 1934

27. Jahrgang.

Eden verhandelt mit der Reichsregierung

Donnerstag Weiterreise nach Rom — Mussolini von dem Friedenswillen Deutschlands überzeugt

Ostpreußen

Agarprovinz oder Industriegebiet?

Der gigantische Kampf Ostpreußens gegen die Arbeitslosigkeit hat die Aufmerksamkeit aller Kreise auf die östlichste Provinz des Deutschen Reiches gelenkt. Man hat die erste Schlacht gegen das größte Zeitübel geschlagen und gewonnen, aber wird man diesen Erfolg auch in Zukunft halten können?

Um hierzu ein Urteil abzugeben, muß man sich mit der ganzen Wirtschaftsstruktur Ostpreußens befassen. Ostpreußen ist ein flaches Land ohne Bodenschätze. Die geringen Braunkohlenvorkommen lohnen nicht die Förderung, der Leinwand ist nicht qualitativ so hochwertig, als daß man sich Vorurteilen zur Grundlage einer großen Industrie machen könnte. Geringe Vorkommen von Kalk sind gleichfalls zu unbedeutend, als daß sie eine praktische Auswertung lohnend erscheinen ließen. Ostpreußens allereigenes Gebiet ist also Landwirtschaft, Ackerbau und Viehzucht. Doch nicht überall. Maßoren besitzt meilenweite Nadelwälder. Zum Betrieb einer organisierten Waldwirtschaft gehören industrielle Anlagen, die bisher nur aus einigen wenigen Sägemerken bestanden.

Industrie finden wir um Elbing (Maschinenbau), dann in Königsberg, wo zahlreiche Fabriken, Getreideflöss, Walzmühlen, Holzbearbeitungswerke, 2 Zellstofffabriken tätig sind. Industrielle Unternehmen kleinerer Art, östliche Maschinenfabriken und vor allem Ziegeleien finden wir in der ganzen Provinz verstreut. Bergbau wird in Palmeniden getrieben (Bernsteinwerke).

Dem gegenüber steht die Masse der reinen landwirtschaftlichen Betriebe. Bekanntlich unterliegt die Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben einer durch die Saison bedingten sehr starken Verschiebung, während in industriellen Betrieben eine größere Stabilität in der Beschäftigung anzutreffen ist. Schon aus diesem Grunde, also um eine gleichmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes Sommer und Winter zu erreichen, ist die Schaffung einer ostpreußischen Industrie erstrebenswert.

In aller Stille gehen die leitenden Stellen der Provinz an ein gewaltiges Werk. Ostpreußen in gewisser Hinsicht zu industrialisieren. Nicht, daß man nun Schwerindustrie gleichsam ansiedeln wollte oder planlos Fabrikneubauaktionen gründete, nein, man will zunächst nach der Standorttheorie die Industrien in Ostpreußen ansiedeln, deren Rohstoffquellen in Ostpreußen heimisch sind. Die Verwertung landlicher Erzeugnisse gestattet die Einrichtung und laufende Unterhaltung einer kleinen Industrie, an deren Aufbau zunächst herangetragen wird. Eine Anzahl größerer Mühlenwerke ist in Ostpreußen bereits beschaffigt. Die Königsberger Speicher und die Walzmühle können mehr in den Kreislauf von Getreide und Hülsenfrüchten eingezogen werden. Königsberg richtete vor einigen Jahren eine riesige Fabrik zur Verwertung ostpreußischen Frischmilchs ein, dadurch war diese Anlage derart überdimensioniert und in Verletzung der Wirtschaftlichkeit gebaut worden, daß sie nach ganz kurzer Betriebsdauer stillgelegt werden mußte. Nur kleine Abteilungen mit wenigen Stammarbeitern waren lebensfähig. Auch hier beginnt eine vorläufige zweckmäßige Inbetriebnahme, um das ostpreußische Frischmilch gleich an Ort und Stelle zu verarbeiten. Vor wenigen Wochen ist gleichfalls in aller Stille eine Trockenmilchfabrik in Marienburg eröffnet worden, wo, auch zunächst in kleinem Rahmen, Trockenmilch allererster Qualität aus ostpreußischer Frischmilch hergestellt wird.

Beide Königsberger Zellstoffwerke arbeiten, dadurch die örtlichen Arbeitsämter erheblich entlasten. Im Regelstil ist die Holzwarenfabrik gleichfalls gut beschäftigt und in der Vergrößerung begriffen. Derartige Werke und Fabriken sollen auch in Maßoren, inmitten der unergündlichen Wälder geschaffen werden, um die zahlreichen fliegenden Sägewerke, unmittelbar neben den Rohstoffen den Wandlungsprozeß durchzuführen.

Eine weitere Stärkung soll die Industrialisierung dadurch erfahren, daß man Werke entstehen lassen will, deren Produktion bisher nur auf dem Transport durch Ostpreußen geleitet wurde. Wie weit man zur Schaffung größerer Werke schreiten oder aber eine mehr häusliche Kleinindustrie einrichten will, wo also der Arbeiter nicht nur Fabrikarbeiter sondern auch Siedler und Landarbeiter bleibt, etwa in den dezentralisierenden Gebankengängen des amerikanischen Autokönigs Ford, steht noch nicht fest. Das Ziel dieser Aktion soll vor allem eine dauernde Beseitigung der ostpreußischen Arbeitslosigkeit sein, ohne dadurch aber die landwirtschaftlichen Belange durch Wegnahme von Boden und Arbeitskräften zu schmälern.

Die Auffiedelung Ostpreußens soll dazu beitragen, neue Arbeitskräfte und neue Konsumenten nach Ostpreußen zu führen.

Eden in Berlin

Mussolini von Deutschlands Friedenswillen überzeugt.

London, 20. Februar.

Der englische Lordgesandter Eden trifft zur Aussprache mit der Reichsregierung über die Abrüstungsfrage am heutigen Dienstag, aus Paris kommend, in Berlin ein.

Der Londoner „Daily Telegraph“ beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit der Ablicht Edens, nach seinen Besuchen in Berlin und Rom erneut nach Paris zu fahren, und sagt, es werde interessant sein festzustellen, ob Eden dann besser imstande sein werde, Frankreich von Deutschlands friedfertigen Absichten zu überzeugen. Mussolini habe sich über diesen Punkt sein Urteil bereits gebildet, das auch in London bekannt geworden sei.

Nach der Überzeugung des Duce sei es Deutschlands aufrichtiger Wunsch, die Erhaltung des Friedens während der nächsten zehn Jahre zu sichern. Während dieser Zeit möchte Deutschland alle seine Anstrengungen auf den inneren Wiederaufbau vereinigen.

Todessturz des Belgierkönigs

Einsam auf einer Bergpartie . . .

Bei einer Bergbesteigung in der Nähe von Namur ist am Sonnabend der König der Belgier tödlich verunglückt. Der König, der bekanntlich ein leidenschaftlicher Bergsteiger war, hatte sich am Nachmittag in einem von ihm selbst gesteuerten Kraftwagen, nur von seinem Kammerdiener begleitet, in die Nähe von Namur begeben. Der König verließ dann den Wagen und erklärte dem Diener, daß er den etwa 200 Meter hohen Felsen Marche-les-Dames besteigen wolle und in etwa einer Stunde wieder zurück sein werde. Als jedoch der König nach der angegebenen Zeit nicht zurückgekehrt war, wurde der Kammerdiener unruhig und telephonierte von der nächstgelegenen Ortschaft aus, nachdem er zunächst vergeblich nach dem Monarchen gesucht hatte, nach Brüssel, von wo sofort eine Hilfspedition abging. Gegen 2 Uhr früh fand dann die Expedition, die von Oriskundigen und Gendarmen unterstützt wurde, König Albert am Fuße eines Felsens tot auf. Die Leiche wies am Nacken eine schwere Verletzung auf. Nach den ersten Feststellungen scheint der Tod auf der Stelle eingetreten zu sein.

König Albert I. wurde am 8. April 1875 als zweiter Sohn des Prinzen Philipp von Flandern und seiner Gemahlin Maria geb. Prinzessin von Hohenzollern auf Schloß Laeken geboren. Am 2. Oktober 1900 heiratete er in München die Herzogin Elisabeth von Bayern. Am 17. Dezember 1909 folgte er seinem Onkel Leopold II. auf den belgischen Königsthron. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor: Prinz Leopold, der Kronprinz, wurde geboren im Jahre 1901. Er ist vermählt seit 1926 mit der schwedischen Prinzessin Astrid; ferner Prinz Carl, geb. 1903, und Prinzessin Marie-José, die 1906 geboren wurde. Letztere heiratete im Jahre 1930 den Kronprinzen von Italien, Humbert.

Deutschland und die Mächteerklärung

Wer gefährdet Österreichs Unabhängigkeit?

Der Ausgangspunkt für die Erklärung der drei Mächte über die Unabhängigkeit Österreichs war jene Weisung der Regierung Dollfuß über angebliche deutsche Eingriffe und die Antwort der Reichsregierung, durch die die österreichische Weisung restlos zurückgewiesen, die ihr zugrunde liegenden Vorgänge vollständig aufgedeckt wurden und nachgewiesen wurde, daß keinerlei Einmischung von deutscher Seite vorgekommen ist. Allerdings ist diese deutsche Antwort von Dollfuß kurzerhand beiseite geschoben worden mit der Erklärung, diese Darstellung genüge noch nicht. Damit wollte die österreichische Regierung sich die Möglichkeit erhalten, an den Völkern zu appellieren; Dollfuß hat auch ziemlich bombastisch angekündigt, daß nun eine große Aktion folgen würde. Sie bestand dann in seinen Rundreden. Das Endergebnis ist nun diese Dreimächteerklärung, von der man nicht recht weiß, gegen wen sie sich eigentlich richten soll. Deutschland kann nicht der Adressat sein, der Reichsregierung ist ja die Erklärung auch nicht überreicht worden. Schon die Erklärung des Reichsfanzlers vom Ende der vorigen Woche hatte völlig klargestellt, daß man gegen uns keinerlei Ansprüche erheben kann, wir hätten uns in österreichische Angelegenheiten eingemischt oder hätten auch nur die Absicht, dies zu tun.

So bleibt nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß die drei Mächte durch ihre Erklärung sich gegenseitig daran erinnern wollen, daß Österreich immer noch ein unabhängiger Staat ist! Tatsächlich hat sich diese Unabhängigkeit in letzter Zeit vielfach darin dokumentiert, daß andere Mächte Waffen nach Österreich lieferten und dieses Land als ein Gebiet betrachteten, auf dem man Interessenkämpfe miteinander ausfechten kann. Das Deutsche Reich ist jedenfalls derjenige Staat, der sich an diesen Schie-

vungen und Eiferjucheleien in keiner Weise beteiligt hat. Jemanden Schrift in Berlin ist nicht erfolgt und konnte auch nicht erfolgen; er ist wohl auch deshalb vermieden worden, weil die Erinnerung an das Ergebnis früherer ähnlicher Schritte eine Wiederholung nicht ratsam erscheinen ließ. So ist die Dreimächte-Erklärung etwas, was völlig in der Luft schwebt; man möchte sie fast mit einer Seitenblase vergleichen, die sehr bald plagen wird, ohne greifbare Resultate zu hinterlassen.

Der Eindruck in Genf

In politischen Kreisen Genfs betrachtet man die Erklärung Frankreichs, Englands und Italiens über die Unabhängigkeit Österreichs als ein Anzeichen dafür, daß vorläufig mit einer Klage Österreichs vor dem Völkerbund noch nicht zu rechnen sei.

Man will anscheinend erst die Wirkung dieses neuen Schrittes auf Berlin abwarten. Auch von einem unmittelbaren Schritt Frankreichs in Genf ist heute nicht sehr die Rede. Es hat daher den Anschein, als ob man in Paris diese Möglichkeit hauptsächlich deshalb in Aussicht gestellt hatte, um einen Druck auf England und Italien auszuüben und damit die gleichlautende Erklärung durchzuführen. Die extremen deutschfeindlichen Kreise sind mit dieser Mächteerklärung, obgleich sie in ihr einen kleinen Fortschritt erkennen wollen, im Grunde nicht zufrieden. Sie fürchten, daß die deutsche Politik sich dadurch in keiner Weise beirren lassen werde. Immerhin hat man der österreichischen Regierung durch diese Ausschüßlösung zunächst erpart, in einem politisch für sie höchst unerwünschten Augenblick das heiße Eisen eines Völkerbundsappells anzufassen.

Aus allem geht hervor, daß die schweren Bedenken, die auch in internationalen Kreisen der Befassung des Völkerbundes mit der österreichischen Frage entgegenstehen, noch in keiner Weise überwunden sind. Man muß offenbar immer neue Auswege, um die Verhandlung vor dem Rat soweit wie möglich hinauszuschieben oder, wenn es geht, überhaupt zu vermeiden.

„Nicht gegen Deutschland gerichtet“

Zu der gemeinsamen Erklärung Großbritanniens, Frankreichs und Italiens über die Unabhängigkeit Österreichs bemerkt der diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“: Die Erklärung erfüllt die beiden unentbehrlichen Bedingungen, von denen die britische Regierung ihre Unterstützung jeder Erklärung über Österreichs Regierung abhängig gemacht hat: Sie schließt, soweit Großbritannien in Frage kommt, keine Garantie und kein Verprechen militärischen Vorgehens ein, sondern bezeugt nur die Bereitschaft, durch Einfluß und Rat bei der Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs mitzuwirken. Dies ist schon von Sir John Simon im Unterhaus erklärt worden. Uebersieht man die britische Regierung Österreich gegenüber ausdrücklich davon abgesehen, über die jegliche Streitfrage zwischen Österreich und Deutschland im Voraus zu urteilen.

Es darf infolgedessen nicht angenommen werden, daß nach britischer Auffassung diese erneute Befestigung des Interesses an der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit besonders oder ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet ist.

In britischen Kreisen erinnert man auch an eine weitere Erklärung Simons im Parlament, daß nämlich England nicht die Aufgabe habe, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen, mit anderen Worten: die jegliche Erklärung wird, soweit Großbritannien in Frage kommt, niemals gegen die Wünsche der Mehrheit des österreichischen Volkes gebraucht werden, um dort eine bestimmte Regierungsform aufrechtzuerhalten oder zu verbieten. Österreich kann folglich, sozialistisch oder nationalsozialistisch werden. Großbritannien würde es nur beurteilen, wenn ihm eine bestimmte Regierungsform unter ausländischem Druck auferlegt werden würde.

Titu Iescu erklärt sich beunruhigt

Der rumänische Außenminister Titulescu erklärte dem Belgrader Vertreter des „Beit Parisien“, die Kleine Entente verfolge die Ereignisse in Österreich mit einer gewissen Beunruhigung. Der Ausbruch der Straßenkämpfe bedeute nach ihm, daß die österreichische Frage nun geregelt sei. Im Gegenteil, der Hauptkampf werde erst jetzt geliefert werden müssen. In diesem Zusammenhang müsse man feststellen, daß sich Dollfuß die Unterstützung der einzigen Partei verleihe, die ihm bei den Kämpfen gegen die Anschlußbestrebungen hätte von Nutzen sein können. Der Augenblick sei gekommen, wo diejenigen, die ihm bei der Wiederherstellung der Sozialdemokraten geholfen hätten, den Preis für ihre Hilfe verlangen würden. Die gemeinsame Erklärung der drei Großmächte, so fügt der Berichterstatter hinzu, reiche nach Auffassung der Rumänen nicht aus, um die Lage zu klären und den Lauf der Ereignisse aufzuhalten.

Das B...

Salzentlastung von Schutzbündlern

Auf der Flucht verhaftet

Doppelmord aus Furcht vor Verrat

Wieder sieben Todesurteile

Am späten Abend wurde auch das Todesurteil des Wiener Standgerichts gegen den Schußbündler Swoboda vollstreckt.

der Deutschen Zeitungsverleger.

Gut Schöne Kosmarie
ROMAN VON WOLFGANG MARKEN
VERBODEN RECHTSCHUTZ DURCH
DIE VEREINIGTE KÖNIGLICHE DRUCKEREI

Übergingen.
Und jede seiner Schülerinnen ohne Ausnahme über-
reichte ihm einen herrlichen Blumenstrauß.
Das duftete durch die „Elisabethshöhe“ wie noch nie.

Hoheitsabzeichen für die Wehrmacht

Der Kampf gegen die Not

Während der Eindruck vorherrscht, daß viele große wie aus insbesondere mittlere und kleine Unternehmungen bis zur Grenze des Möglichen gehoben haben, sind die unterzeichneten Spitzenverbände der Meinung, daß noch an vielen Stellen dies nicht in gleichem Maße der Fall war und hier

Der Großindustrielle Stephan von Ratt hatte Sorgen.

„Die Presse im neuen Staat“

Folgen schweres Verkehrsunglück

Ja, freilich, der fünfundzwanzig Millionen-Straßen-
der Amerikaner, der fraß durch seine Zinsen einen be-
achtlichen Teil der Einnahmen weg.
Aber immerhin!

Scholz.
(Fortsetzung folgt.)

Ein Interpiem des Reichskanzlers

Der Bürgermeister, Kenner.